

## „Deutschland? aber wo liegt es?“ Aktuelle Versuche der Ortsbestimmung

Mark Michalski<sup>1</sup>

Die klassische Forderung Goethes und Schillers, die Deutschen sollten über ihre kulturelle Identität hinaus nicht auch eine politische Identität anstreben, weil solches ihrer allgemein menschlichen Berufung abträglich wäre, wird auf die „neue deutsche Frage“ bezogen, wie sie sich seit der Vereinigung der DDR mit der BRD im Jahr 1990 stellt: Muss die gewachsene Macht Deutschlands sich zwangsläufig in die Richtung einer *Vormacht* entwickeln, die andere Staaten ihren eigenen Zwecken unterwirft, oder kann sie sich als *Macht in der Mitte* entfalten, die das gemeinsame europäische Projekt rettet? Zur Beantwortung dieser Frage werden die einschlägigen Thesen von Brendan Simms, Ilias Themos und Herfried Münkler diskutiert und mit dem gegenwärtigen Identitätsbewusstsein der Deutschen konfrontiert.

Goethe's and Schiller's classical demand consists of an obligation of the German people, that their only struggle should be for their cultural identity, and not their political identity. Because something like this would be detrimental for the vocation Germans have of the humanity in general. This demand is confronted with the “new german question”, that is still present since the unification of the GDR and the FRG in 1990: Should Germany's rising power inevitably develop towards the direction of a *Supremacy*, in order to subject other nations to serve Germany's purposes or is Germany capable to develop as a *Power in the Middle*, in order to serve the general European project? In search of an answer to this question this discussion involves the respectable opinions of Brendan Simms, Ilias Themos and Herfried Münkler and confronts with the present Identity consciousness of the German people.

„Deutschland? aber wo liegt es? Ich weiß das Land nicht zu finden, / Wo das gelehrte beginnt, hört das politische auf.“ (Schiller, 589) Mit diesem Ende des Jahres 1796 im Rahmen ihrer *Xenien* veröffentlichten Epigramm nahmen Goethe und Schiller kritisch zu jenen Stimmen Stellung, die angesichts der militärischen Erfolge Napoleons gegen das zersplitterte und insbesondere durch die Rivalität Preußens und Österreichs entzweigerissene Deutschland dessen politische Einigung zu fordern begannen. Die politische Vollendung der bisher nur gelehrten, d.h. durch seine Sprache, Literatur und Philosophie erreichten Einheit der deutschen Nation – so diagnostizierten die beiden sächsischen Hofräte – ist eine vergebliche Hoffnung und wäre vielleicht der Gelehrsamkeit Deutschlands und der

---

<sup>1</sup> Mark Michalski ist Assistenzprofessor an der Nationalen Kapodistrias-Universität Athen. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte der deutschsprachigen Philosophie sowie die Ideen- und Kulturgeschichte Deutschlands. Die letzte größere Publikation ist: *Der Gang des deutschen Denkens. Versuche und Programme nationaler Philosophiegeschichtsschreibung von der Aufklärung bis ins 20. Jahrhundert*. Würzburg: Königshausen & Neumann 2010. E-Mailadresse: mmichalski@gs.uoa.gr.

in dieser liegenden schönen Disposition zu einer freieren, die Grenzen zwischen den Nationen überschreitenden Menschlichkeit sogar abträglich. Diese Lesart legt sich im Blick auf das in den *Xenien* unmittelbar folgende Epigramm nahe: „Zur Nation euch zu bilden, ihr hoffet es, Deutsche, vergebens / Bildet, ihr könnt, es, dafür freier zu Menschen euch aus.“ (Schiller, 589) Vielleicht ermöglicht es der deutschen Nation gerade ihre politische Unvollendetheit, diejenige Rolle zu spielen, die sie aufgrund ihrer Kultur in der Welt spielen kann: zu vermitteln zwischen den Nationen und gegenüber dem sie Trennenden das sie verbindende Menschliche hervorzuheben. Die Erringung der staatlichen Einheit könnte nämlich für die Deutschen die Gefahr in sich bergen, dass sie vor Freude und Stolz über ihre neue Errungenschaft die Arbeit an ihrer Kultur vernachlässigen und ihre Sonderrolle in der Welt im Sinne politischer Macht umdeuten, so dass sie nichts Anderes mehr wollen als ihr Land zu einer Vormacht zu machen, eine Hegemonie über andere Länder zu errichten. In dieser Richtung äußerte sich etwa auch Nietzsche in seinen *Unzeitgemäßen Betrachtungen*, als der deutsche Nationalstaat, den Goethe und Schiller nicht erhoffen wollten, 1871 schließlich doch gebildet wurde. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts hat – so scheint es – die Richtigkeit dieser Vermutung in doppelter Weise bestätigt: Das politisch geeinte Deutsche Reich entfaltete einen imperialistischen Furor, der in zwei von ihm verschuldeten Weltkriegen gipfelte, während die Teilung Deutschlands seit 1945 dazu führte, dass dessen Teile sich wieder konstruktiv und kooperativ in größere Ganzheiten einordnen ließen, die Bundesrepublik Deutschland in die westliche, die Deutsche Demokratische Republik in die osteuropäische Staatenwelt. Der Zusammenbruch des kommunistischen Systems und die durch diesen ermöglichte erneute politische Einheit der Deutschen seit 1990 gibt demnach Anlass, die Frage nach dem Ort bzw. nach der Rolle Deutschlands in der Welt noch einmal zu stellen: Ist das heutige Deutschland, wie alle führenden deutschen Politiker seit Helmut Kohl unablässig beteuern, nichts Anderes als eine neue, etwas erweiterte Bundesrepublik Deutschland, die sich ebenso konstruktiv und kooperativ, ebenso integrativ und humanitär wie die alte Bundesrepublik Deutschland in eine größere Ganzheit einordnen lässt, in den nunmehr freilich beträchtlich gewachsenen, um etliche Staaten Ostmittel- und Osteuropas erweiterten Westen? Oder unterliegen die Deutschen heute wiederum der seit jeher in ihrer politischen Einheit liegenden Gefahr, ihr Land zu einer Vormacht machen und eine Hegemonie über andere Länder errichten zu wollen – keine ganz offene und erst recht keine militärisch gestützte Hegemonie freilich, sondern eine eher verdeckte wirtschaftliche und ideologisch-kulturelle und infolgedessen doch auch politische Hegemonie?

Die zweite Alternative entspricht seit der anfänglichen Skepsis Margaret Thatchers und François Mitterands gegenüber der Wiedervereinigung Deutschlands eher der Wahrnehmung des Auslandes. Als Beispiele aktueller Stellungen in der zeithistorischen Publizistik sind für Großbritannien Brendan Simms, *Kampf um Vorherrschaft. Eine deutsche Geschichte Europas* (engl. 2013, dt. 2014), für Griechenland Ilias Thermos, *Die deutsche Hegemonie. Illusionen und Wirklichkeit* (griech. 2013) zu nennen. Einige deutsche Politologen und Historiker versuchen dagegen, die zweite Alternative mit der ersten Alternative zu vermitteln, indem sie einerseits zugestehen, dass das wiedervereinigte Deutschland eine neue Rolle in Europa spielt, und zwar eine Rolle, die seiner neuen Macht entspricht, andererseits diese Macht nicht mehr als Vormacht, Großmacht oder Hegemonie beschreiben, sondern als „Zentralmacht“ oder „Macht in der Mitte“, durch ein neues Konzept also, das besondere Macht und vermittelnd-moderierende Funktion im Rückgriff auf einen revidierten Begriff des Zentrums bzw. der Mitte integriert. Beispiele dafür sind Hans-Peter Schwarz, *Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne* (1994) und neuerdings Herfried Münkler, *Macht in der Mitte. Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa* (2015). Mit den soziologisch-politologischen Begriffen der Exklusion und Inklusion könnte man das Konzept der „Zentralmacht“ oder „Macht in der Mitte“ vorläufig in der Weise verdeutlichen, dass es sich dabei nicht um eine exkludierende Macht handelt, durch die eine Nation andere Nationen aus sich ausgrenzt, um in einseitiger Verfolgung eigener Interessen über diese zu herrschen, sondern um eine inkludierende Macht, durch die eine Nation sich mit anderen Nationen in ein größeres Ganzes eingrenzt, um deren Interessen mit den eigenen zum Ausgleich zu bringen. Im Folgenden soll zunächst Münklers Konzept der „Macht in der Mitte“ gegenüber den Konzepten der „Vorherrschaft“ (Simms) und der „Hegemonie“ (Thermos) genauer charakterisiert und dann gefragt werden, ob die Vorstellung von der „Macht in der Mitte“ über den politologisch-historischen Diskurs hinaus einen Rückhalt im gegenwärtigen Identitätsbewusstsein der Deutschen hat.

Brendan Simms, Professor für die Geschichte der internationalen Beziehungen an der Universität Cambridge, führt im Vorwort zur deutschen Ausgabe seines Buches aus, dass die neue Bundesrepublik trotz ihres gewachsenen territorialen und demographischen Gewichts zunächst nicht aus den transnationalen Organisationen ausbrach, denen sich die alte Bundesrepublik eingeordnet hatte, und zwar deshalb nicht, weil sie – erstens – mit der wirtschaftlichen Integration der neuen Bundesländer genügend zu tun hatte und – zweitens – die festere Einbettung in ein vereinigtes Europa und insbesondere die Ersetzung der deutschen durch eine gemeineuropäische Währung als Bedingung ihrer Wiedervereinigung

hatte akzeptieren müssen. Deutschland kooperierte immer enger mit seinen westlichen Partnern, nun erstmals auch durch die Beteiligung an militärischen Interventionen, und wurde gar zur treibenden Kraft der Osterweiterung von NATO und EU. Es „hatte [...] den Anschein“, so formuliert Simms, „als hätte die Verhaltensänderung Deutschlands seit 1945 die strukturelle Umwälzung infolge der Wiedervereinigung neutralisiert. Die deutsche Frage, so schien es, war durch die Integration Deutschlands in den Westen gelöst.“ (Simms, 19) Als bloßer Anschein erwies sich dies jedoch, so Simms weiter, als Deutschland seit 2010 infolge seiner gesunden Wirtschaft einerseits und der im Westen und Süden Europas zu Tage tretenden Wirtschafts- und Währungskrise andererseits in die Lage geriet, die gesamteuropäische Reaktion auf die Krise zu dominieren. Deutschland hat diese Dominanz dazu benutzt, seinen allgemeinen Einfluss in Europa – auch auf Kosten der bisherigen Partnerschaft mit Frankreich – zu steigern und kraft dieses gesteigerten allgemeinen Einflusses auf Kosten des Wohls anderer europäischer Nationen eigene nationale Interessen durchzusetzen. Das europäische Projekt hat sich von einem Mittel zur Eindämmung der deutschen Macht in ein deutsches Machtmittel verwandelt. Die daraus sich ergebende „neue deutsche Frage“ lässt sich – so die These von Simms – nur dadurch lösen, dass die Europäische Union entweder aufgelöst oder endlich zu einem „vollgültige[n] Bundesstaat“ umgestaltet wird (Simms, 23), in dem gestärkte gesamteuropäische Institutionen die informelle Ausübung einer deutschen Vorherrschaft unterbinden könnten.

Ilias Thermos, Politologe und Emeritus der Universität von Makedonien, vertritt die Auffassung, dass der Glaube, das wiedervereinigte Deutschland werde eine verantwortungsbewusste Vorkämpferin der europäischen Einigung bleiben, nicht erst mit dem Verhalten Deutschlands in der europäischen Wirtschafts- und Währungskrise, sondern spätestens mit der in Maastricht besiegelten Währungsunion als Illusion durchschaubar war. In ihrer Folge gewannen in Deutschland euro- und europakritische Parteien an Popularität und kanalisierten den mit der nationalen Einigung in der deutschen Gesellschaft wiedererwachten Nationalismus, den nunmehr auch die deutsche Regierung, um Wählerstimmen bangend, zur „motivierenden Kraft“ ihrer Politik machen musste (Thermos, 181, meine Übersetzung). Diese nationalistische Politik bedient sich der nach dem Muster der Deutschen Bundesbank geformten Europäischen Zentralbank, um die Sozialsysteme der anderen Länder Europas zugunsten der Herrschaft des Kapitals zu schwächen und die Überlegenheit der deutschen Exportwirtschaft auszubauen. Die Folge der Umverteilung des europäischen Reichtums in die Taschen deutscher Unternehmer ist eine „neue deutsche Hegemonie“ (Thermos, 192) in Europa. Dabei scheut sich Thermos nicht, von einer Politik der „Sicherung von Le-

bensraum“ zu sprechen, die sich, nachdem Hitlers nach Eurasien gerichtete Ambitionen in Stalingrad endgültig gescheitert seien, nunmehr innerhalb der Europäischen Union nachholen lasse (Thermos, 198). Anders als Simms sieht Thermos eine Lösung der auf diese Weise erneut sich stellenden deutschen Frage nicht schon in der politischen Vollendung der europäischen Einigung, denn auch ein bundesstaatlich verfasstes Europa könne, wenn Deutschland sich dazu entschließe, ein „deutsches Europa“ sein (Thermos, 184). Eine Lösung liege vielmehr erst in der Fortsetzung der europäischen zu einer „transatlantischen Einigung“, unter Einschluss der Vereinigten Staaten von Amerika und Kanadas (Thermos, 185).

Herfried Münkler, Professor für Theorie der Politik an der Humboldt-Universität zu Berlin, gibt unumwunden zu, dass das politisch geeinte Deutschland in höherem Maße, als es die beiden deutschen Teilstaaten waren, eine Macht ist und deshalb eine führende Rolle in Europa spielt. Aber er bestreitet, dass die Deutschen sich diese Macht und diese Rolle, wie sie es in ihrer früheren Geschichte allerdings taten, von sich aus angeeignet haben und im Sinne einer Vorherrschaft oder Hegemonie zu ausschließlich eigenem Vorteil nutzen. Es ist eben dieser doppelte eigentümliche Charakter dieser Macht – ihre eigentümliche Herkunft und die eigentümliche Art ihres Gebrauchs –, der durch den Begriff der „Macht in der Mitte“ zum Ausdruck kommen soll. Die „Mitte“ ist die Herkunft dieser Macht, d.h. Deutschland ist mächtig, weil es sich „in der Mitte“ befindet. Zwar ist Deutschland auch deshalb mächtig, weil es zwei Machtsorten, nämlich wirtschaftliche Macht und kulturell-ideologische Macht, in hohem Maße besitzt und weil aus diesen beiden Machtsorten in hohem Maße auch politische Macht als weitere Machtsorte resultiert. Aber diese Macht besaß schon die alte Bundesrepublik. Die ihr gegenüber gesteigerte Macht der neuen Bundesrepublik stammt aus ihrer neuen Position „in der Mitte“: Aus zwei Randstaaten zweier einander verfeindeter Machtblöcke ist ein Staat in der geographischen und geopolitischen Mitte Europas geworden, ein Staat, der seit den Osterweiterungen der Europäischen Union und des Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses ringsum von politisch, wirtschaftlich, militärisch und kulturell eng miteinander kooperierenden Staaten umgeben ist und seit dem allmählichen Rückzug der Vereinigten Staaten von Amerika aus der politischen und militärischen Verantwortung für Europa eben solche Verantwortung verstärkt wahrzunehmen hat. Dass solche Verantwortung Deutschland zufällt, liegt daran, dass aufgrund der mentalen und sozioökonomischen Divergenz der Staaten der erweiterten Europäischen Gemeinschaft die Ausbildung einer gemeinsamen europäischen Identität auf große Schwierigkeiten stößt, so dass eine Stärkung der gesamteuropäischen Institutionen und die politische Vollendung der europäischen Einigung in der Form eines Bundesstaates kaum gelingen kann. Deshalb können die gewachsenen zentrifugalen Kräfte nur

durch die zentripetale Kraft im Zaum gehalten werden, die Deutschland als bevölkerungsreichster und wirtschaftlich leistungsfähigster Staat Europas auszuüben imstande ist, zumal die wirtschaftliche Schwächung Frankreichs die traditionelle deutsch-französische Achse unwirksam gemacht hat. Münkler stellt mithin die Argumentation von Simms auf den Kopf: Es soll nicht die Vorherrschaft Deutschlands durch die Schaffung eines europäischen Bundesstaates beendet werden, sondern umgekehrt: Weil die Schaffung eines europäischen Bundesstaates nicht möglich ist, ist Deutschland die Macht, die den Zusammenhalt Europas sichern soll. Damit ist bereits angedeutet, wie die „Mitte“ auch die Art des Gebrauchs der Macht charakterisiert: Sie dient nicht, wie Simms und Thermos annehmen, der einseitigen Verfolgung deutscher Interessen auf Kosten der Interessen anderer europäischer Nationen, sondern der Vermittlung zwischen den unterschiedlichen Interessen der europäischen Nationen, um Europa fit zu machen für die solidarische Bewältigung von Krisen, sei es innerhalb Europas wie im Falle der Schuldenkrise der süd- und westeuropäischen Länder, sei es an der Peripherie Europas wie im Falle der militärischen Krisen in der Ukraine und in der Levante. Münkler gebraucht den Begriff der „Macht in der Mitte“ zwar nicht nur deskriptiv, sondern auch normativ, indem er die mit ihm bezeichnete Art des Machtgebrauchs als Aufgabe Deutschlands darstellt, hinter deren Erfüllung die Deutschen in Wirklichkeit immer wieder zurückbleiben. Doch ist er zuversichtlich, dass die Deutschen in ihrer Mehrheit diese Aufgabe als die speziell ihnen sich stellende Aufgabe prinzipiell anerkennen, zumal sie wissen, dass ihr eigenes Wohlergehen vom gesamteuropäischen Wohlergehen abhängt und dass sie es sich aufgrund ihrer historisch begründeten „Verwundbarkeit“ nicht leisten können, auch nur den Verdacht neoimperialistischer Anwendungen zu erwecken.

Dieses zuletzt erwähnte Argument: dass Deutschland als der durch seine Geschichte „verwundbare Hegemon“ nicht als Hegemon auftreten wird, so dass gerade seine historisch begründete Verwundbarkeit als eine „Voraussetzung für die Akzeptanz einer deutschen Führungsrolle in Europa“ gelten kann, erscheint triftig, wenn Deutschland wirklich ein „verwundbarer Hegemon“ ist, wie ihn Münkler expliziert, ein solcher nämlich, der auch „um seine Verwundbarkeit weiß und sie auf Schritt und Tritt spürt“ (Münkler, 176f.). Dies ist aber eine Frage des Identitätsbewusstseins der Deutschen und nicht lediglich eine Frage der offiziellen Geschichtspolitik der jeweiligen deutschen Regierung: Ist „Auschwitz“ auch in der neuen Bundesrepublik noch als „negativer Mythos“ lebendig, durch den sich die Deutschen dessen vergewissern, wie sie nie wieder sein wollen? Die regen Diskussionen rund um die einschlägigen Gedenkstätten, Jahrestage und Medienereignisse lassen darauf schließen. Zugleich ist aber festzustellen, dass die Deut-

schen seit ihrer Wiedervereinigung die Arbeit an ihrer politischen Mythologie insgesamt wieder eifriger betreiben, als sie dies in den vier vorangehenden Jahrzehnten getan haben: Alte Mythen aus Ost und West werden um besserer Verträglichkeit willen umerzählt, neue Mythen entstehen. Es handelt sich um einen „neuen Hang zur Polymythie“ (Münkler und Hacke, 25), in dem der Bezug auf die nationalsozialistische Vergangenheit wohl die zentrale Stellung verloren hat, die er innerhalb der Erinnerungskultur der alten Bundesrepublik seit den 60er Jahren eingenommen hatte. Damit hat er aber nicht unbedingt auch seine politische Orientierungsfunktion überhaupt verloren. Die Deutschen müssen ja nicht unbedingt unter der Last ihrer Geschichte von 1933 bis 1945 weiterhin vor Schmerz stöhnen und vor Scham vergehen, es genügt, wenn sie schlicht und einfach ihre Verwundbarkeit durch diese Geschichte weiterhin „auf Schritt und Tritt spüren“. Dann könnte Deutschland vielleicht tatsächlich als „Macht in der Mitte“ im Sinne Münklers agieren. Dann wäre vielleicht tatsächlich der von Goethe und Schiller konstatierte Widerstreit zwischen gelehrtem und politischem Deutschland, zwischen freier Menschlichkeit und Nationalstaat endlich historisch aufgelöst – und wir wüssten das Land zu finden.

### Literaturverzeichnis

- Münkler, Herfried und Hacke, Jens: „Politische Mythisierungsprozesse in der Bundesrepublik: Entwicklungen und Tendenzen“. Dies.: *Wege in die Bundesrepublik. Politische Mythen und kollektive Selbstbilder nach 1989*. Frankfurt; New York: Campus Verlag 2009: 15-31.
- Münkler, Herfried: *Macht in der Mitte. Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa*. Hamburg: edition Körber-Stiftung 2015.
- Schiller, Friedrich: *Gedichte*. Hg. von Georg Kurscheidt. Frankfurt a. M.: Deutscher Klassiker Verlag 2008.
- Schwarz, Hans-Peter: *Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne*. Berlin: Wolf Jobst Siedler Verlag 1994.
- Simms, Brendan: *Kampf um Vorherrschaft. Eine deutsche Geschichte Europas. 1453 bis heute* [2013]. München: Deutsche Verlags-Anstalt 2014.
- Thermos, Ilias: *Die deutsche Hegemonie. Illusionen und Wirklichkeit*. Athen: Kastaniotis Verlag (Θερμός, Ηλίας: *Η γερμανική ηγεμονία. Ψευδαισθήσεις και πραγματικότητα*. Αθήνα: Εκδόσεις Καστανιώτη) 2013.